

N i e d e r s c h r i f t

zur 3. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt am Mittwoch, den 29.01.2025,
um 17:30 Uhr im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126/127

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr Sitzungsende: 20:02 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls vom 18.09.2024
4. Verpflichtung der sachkundigen Einwohner
5. Stand Baumaßnahmen
6. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Errichtung des Gymnasiums in Schöneiche
7. Radwegekonzept im TESLA-Umfeld
8. Information der Verwaltung und Fragen
9. Vorbereitung der nächsten Sitzung

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Claudia Laue, eröffnete die dritte Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt. Herr Schaller, der reguläre Vorsitzende, war aufgrund einer Erkrankung verhindert. Sie macht nochmal darauf aufmerksam, dass nur Aussagen im Protokoll berücksichtigt werden, wenn das Mikrofon verwendet wird.

Frau Laue stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Einwände bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls vom 18.09.2024

Frau Laue wies auf die laufenden Bemühungen hin, die Form und Fristen für die Erstellung der Protokolle zu optimieren. Das Protokoll der vorletzten Bauausschusssitzung vom 18.09. wurde am 18.12. im Ratsinformationssystem veröffentlicht und war für alle Abgeordneten zugänglich. Es wurden keine Anmerkungen oder Änderungswünsche vorgebracht. Das Protokoll der Sitzung vom 18.09.2024 wurde bestätigt. Frau Muxel betonte, dass sich die AfD-Fraktion bei der Bestätigung des Protokolls enthalten werden.

zugestimmt

Zu TOP 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner

Neun sachkundige Einwohner wurden benannt:

- Herr Hans-Joachim Börner
- Herr Carsten Fettke
- Herr Thomas Fischer
- Herr Norman Hess
- Herr Gerd Rademacher
- Herr Lars Reinecke
- Herr Bernd Saliter
- Herr Daniel Schulz
- Herr Dieter Vogel

Die Verpflichtung wurde von Frau Laue ordnungsgemäß durchgeführt, inklusive Erläuterung der Rechte und Pflichten. Herr Rademacher und Herr Reinicke waren zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend und nahmen an der Verpflichtung nicht teil.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Stand Baumaßnahmen

Frau Laue erteilte Frau Becky Meyer-Grunewald das Wort, um den Stand der Baumaßnahmen mithilfe einer Präsentation zu schildern.

- **Ärztehaus Friedland:** Fertigstellung erfolgt. Bauabnahme war am 28.01.2025. Schlüsselübergabe erfolgt am 05.02.2025. Kosten insgesamt: 3,1 Millionen Euro.
- **Juri-Gagarin-Oberschule:** Befindet sich im Rohbau. Zweites Obergeschoss fertiggestellt, Arbeiten im Multifunktionsraum laufen. Projekt im Zeitplan.
- **Gesamtschule 3:** Baustellenfreimachung erfolgt am 12.02.2025. Rohbau soll bis Jahresende abgeschlossen sein. Beginn Schulbetrieb in 2026 geplant
- **Spree-Grundschule:** Rohbauarbeiten sollen bis Sommer 2025 abgeschlossen sein.

- **Regina-Hildebrand-Schule:** In Leistungsphase 3 (detaillierte Planung). Baubeschlussfassung erfolgt voraussichtlich im September 2025.
- **Gymnasium Schöneiche:** Interimsbau startet im Sommer 2025. Planungen zur finalen Errichtung sind im Gange.
- **Gesamtschule Erkner:** Nutzer-Workshops abgeschlossen. Ausschreibung der Sechsfeldturnhalle erfolgt. Im Sommer erste Planansätze für Schulbau.

Herr Schulz fragt nach dem Stand der Nutzungsverträge der geplanten Hausärzte im Ärztehaus Friedland.

Frau Meyer-Grunewald kann nur einen Arzt bestätigen, zum weiteren Stand würde sie eine schriftliche Antwort liefern.

Frau Muxel fragte nach der Beantragung und bisherigen Umsetzung des Landärzteförderprogramm vom Landkreis beim Landtag.

Herr Gehm wies darauf hin, dass dies nicht in der Zuständigkeit dieses Ausschusses liegt, würde aber eine schriftliche Antwort der Verwaltung nachreichen.

Herr Wernicke wollte wissen, wie der Stand zu den Toilettensanierungen im Rahmen der Instandhaltungen im Geschwister-Scholl-Gymnasium ist.

Frau Meyer-Grunewald führte aus, dass es dazu bisher in den vergangenen Jahren Verzögerungen gab, sie sich aber der Problematik bewusst sind. Die Durchführung ist noch für dieses Jahr angesetzt und wird sich bis ins nächste Jahr hinziehen. Es besteht eine Abstimmung mit der Schulleitung.

Frau Maack fragte, ob bei der Morus-Oberschule eine ökologische Baubegleitung vorgesehen ist und wie die Fläche nach dem Abriss gestaltet wird.

Frau Meyer-Grunewald antwortete, dass es sich um mehrere Projekte handelt, die in zwei B-Plänen organisiert sind. Diese müssen noch von der Stadt genehmigt werden, bevor mit dem Bau begonnen werden kann. Der Bau erfolgt schrittweise: Zuerst wird die Turnhalle gebaut, dann das Schulgebäude. Während dieser Bauarbeiten bleibt der Schulbetrieb aufrechterhalten. Der Abriss der alten Gebäude erfolgt erst nach Fertigstellung des Neubaus, voraussichtlich 2029 oder 2030. Von der Schule wurden bereits konkrete Vorstellungen zur Außengestaltung des Geländes geäußert.

Zur Frage der ökologischen Baubegleitung erklärte Frau Meyer-Grunewald, dass im Rahmen der Baugenehmigung nachhaltige Aspekte berücksichtigt werden müssen. Konkrete Details zu den verwendeten Baumaterialien und der genauen Planung können jedoch erst nach weiteren Fortschritten in den Planungen mitgeteilt werden. Sie versprach, regelmäßig in den Bauausschüssen über den Stand und die geplanten Maßnahmen zu informieren.

Frau Maack fragte noch einmal genauer nach, wie die freiwerdende Fläche nach dem Abriss zwischen 2029 und 2030 gestaltet wird, insbesondere ob sie naturnah entwickelt wird.

Herr Gehm erklärte, dass sich das Projekt noch in einer frühen Phase befindet. Es gibt noch zwei wichtige Entscheidungspunkte, bei denen der Kreistag eventuell Einfluss auf das Design und das Vorhaben nehmen kann. Ein wichtiger Punkt ist der Bebauungsplan, bei dem eine ökologische Baubegleitung möglicherweise vorgesehen wird, die sich vor allem mit Artenschutzfragen beschäftigt. Inwieweit dazu eine Notwendigkeit besteht, müsse jedoch noch von Fachleuten und der Gemeinde auf der Ebene der Bauleitplanung entschieden werden. Ein weiterer Aspekt sei die Rolle der unteren Naturschutzbehörde, die bei der Bauantragstellung oder Baugenehmigung ebenfalls Einfluss nehmen kann. Aufgrund der aktuell frühen Planungsphase können noch keine konkreten Aussagen und Details getroffen werden. Er versichert, dass der Ausschuss wie gewohnt beteiligt wird, sobald relevante Entscheidungen getroffen werden.

zur Kenntnis genommen

Frau Laue übergibt das Wort an den Gastredner Herrn Fischer von der VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH.

Herr Fischer stellte sich und die Aufgaben seiner Firma vor. Danach ging er detailliert auf die beauftragte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das neu zu schaffende Gymnasium in Schöneiche ein.

Frau Muxel stellte als Zwischenfrage, dass ihr in der Gemeindevertretung Grünheide erklärt wurde, die Modulbauweise sei immer günstiger, insbesondere bei einem laufenden Grundschulprojekt. Sie fragt sich, warum dann nicht individuell gebaut wird, wenn Modulbauweise angeblich nicht günstiger ist.

Frau Laue erklärte, dass sich Herr Fischer zu den Belangen der Gemeinde Grünheide nicht äußern kann, da es sich um eine lokale Angelegenheit handelt. Dennoch stellte Frau Muxel fest, dass Herr Fischer im Allgemeinen sagen könne, ob Modulbauweise tatsächlich immer günstiger ist.

Herr Fischer erläutert, dass die Modulbauweise zwar gewisse Kostenvorteile durch kürzere Bauzeiten und reduzierte Baustelleneinrichtungen bieten kann, aber aufgrund der verwendeten Materialien wie Holz oder Stahl nicht grundsätzlich günstiger ist. Der Vorteil der Modulbauweise liegt in der beschleunigten Bauzeit, jedoch hat das keine direkten Auswirkungen auf die Kostenersparnis.

Nach Herrn Fischers Vortrag bat die Vorsitzende um weitere Wortmeldungen.

Herr Dr. Mernitz erkundigte sich nach der aktuellen Marktlage und der Wahrscheinlichkeit, geeignete Bieter zu finden. Herr Fischer betonte, dass die Marktlage derzeit günstig sei und etwa 10 Bewerber zu erwarten seien.

Herr Schüler stellt eine Frage zur Berechnung des Baupreisindex, den Herr Fischer in seiner Präsentation verwendet hat. Er verweist auf Zahlen aus dem Jahr 2017, die für allgemeinbildende Schulen einen Baupreis von 1.500 bis 2.000 Euro pro Quadratmeter nennen. Nach eigenen Berechnungen kommt er auf einen Quadratmeterpreis von 11.250 Euro. Er möchte wissen, wie sich dieser Preis im Vergleich zu den Projekten in Petersdorf und Hoppegarten verhält.

Herr Fischer erklärt, dass er die Zahl von 11.000 Euro nicht nachvollziehen kann. Der aktuelle Ausgangswert laut BKI für allgemeinbildende Schulen liegt bei etwa 2.800 Euro pro Quadratmeter Brutto-Grundfläche (BGF) für die Kostengruppen 300 und 400. Wenn man zusätzlich Flächen wie Verkehrs- und Technikflächen berücksichtigt, kommt man auf einen Preis von etwa 5.500 Euro pro Quadratmeter BGF. Für die Sporthalle liegt dieser Wert bei rund 5.000 Euro. Alle weiteren Kosten wie Planung und Zusatzaufwände für Kostengruppen 200 bis 400 müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Der Ausgangswert für den Baupreisindex liegt nach der Systematik des BKI aktuell bei 2.780 Euro pro Quadratmeter. Dieser Wert wurde im Vergleich zu 2017 angepasst, und es wurden auch die Auswirkungen von Ereignissen wie dem Ukraine-Konflikt und jährlichen Preissteigerungen von 3,5 % berücksichtigt.

Auf die Frage von Herrn Schüler zu den Vergleichsbauten in Petersdorf und Hoppegarten antwortete Herr Fischer, dass das Projekt in Petersdorf vor zwei Jahren eingeweiht wurde und die Kosten dort bei etwa 4.000 bis 4.100 Euro pro Quadratmeter lagen. Das Hoppegarten-Projekt liegt länger zurück, wurde jedoch nicht weiter spezifiziert.

Herr Schüler fragte, ob Entschädigungszahlungen und Preisgelder im Rahmen der Ausschreibung dazu führen, dass Bieter eine Entschädigung erhalten, wenn sie den Wettbewerb verlieren.

Herr Fischer bestätigte dies und erklärte, dass die Bieter Entschädigungszahlungen bekommen, wenn sie für den Teilnahmewettbewerb ausgewählt wurden, da sie umfangreiche Entwürfe und Bewertungen, wie statische und TGA-Bewertungen, erstellen müssen. Diese Zahlungen decken jedoch nicht den tatsächlichen Aufwand der Bieter ab, auch wenn der Betrag hoch erscheinen mag.

Frau Laue fragte, warum nicht grundsätzlich immer in Modulbauweise gebaut wird, da dies eine schnelle, sichere und kostensparende Methode zu sein scheint. Sie erkundigt sich auch, ob bei den gezeigten Referenzprojekten ein Beispiel für Modulbauweise dabei war.

Herr Fischer antwortete, dass die Grundschulerweiterung in Petershagen-Eggersdorf und mehrere Kita-Projekte in Modulbauweise realisiert wurden. Zudem stellt er fest, dass immer mehr Bauunternehmen modulare Bauweisen entwickeln, da der Markt wächst, besonders im Bereich von Holzmodulen.

Frau Meyer-Grunewald ergänzte, dass die Modulbauweise besonders gut funktioniert, wenn auf einer „grünen Wiese“ gebaut wird, wo keine komplexen Abstimmungen erforderlich sind. Bei anderen Schulbauten, wie dem Spree-Campus, sind die Abstimmungen zwischen verschiedenen Architekturbüros und Planungsbüros deutlich aufwendiger, was zusätzliche Ressourcen bindet.

Frau Muxel stellte die Frage, ob Herr Fischer bei der Planung ECE-Group (Anmerkung: beim Projekt in Hangelsberg-Nord) oder deren Tochterunternehmen beteiligt waren und ob deren Kosten in die Berechnungen eingeflossen sind.

Herr Fischer antwortete, dass es keinen Kontakt zu diesen Unternehmen gab und die Untersuchung unabhängig durchgeführt wurde.

Herr Fettke lobt das Vorgehen und fragt, warum ÖPP (öffentlich-private Partnerschaften) nicht in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung einbezogen wurde.

Herr Fischer erklärte, dass dies nicht Teil der Aufgabe war, obwohl solche Modelle in anderen Projekten berücksichtigt wurden. Die Entscheidung, die Betriebsphase nicht mit einzubeziehen, basiert auf der Erfahrung, dass solche Modelle hohe langfristige Kosten verursachen, aber auch den Vorteil bieten, dass die Instandhaltung über Jahre hinweg gesichert wird.

Herr Fettke bat darum, die ÖPP-Option in die Untersuchung einzubeziehen, um eine vollständige Wirtschaftlichkeitsanalyse zu gewährleisten. Er fragte auch, wann der Ausschuss in den Prozess eingebunden wird, ob vor oder nach der Wettbewerbsphase.

Frau Meyer-Grunewald erklärte, dass der Ausschuss regelmäßig über den Fortschritt informiert wird, um Transparenz zu gewährleisten.

Abschließend fragte Herr Fettke nach der Zusammensetzung einer möglichen Jury für den integrierten Wettbewerb.

Herr Fischer erklärte, dass eine Bewertung der Entwürfe erforderlich ist, wobei sowohl Preis als auch qualitative Kriterien berücksichtigt werden. In der Regel wird eine Projektgruppe aus Verwaltung, Nutzern und Politikern gebildet, die das Verfahren begleitet, um Verzögerungen zu vermeiden. Frau Meyer-Grunewald fügte hinzu, dass eine Jury aus Fach- und Sachpreisrichtern die Entwürfe bewerten wird, ähnlich wie bei früheren Wettbewerben.

Herr Schüler fragte, ob im Rahmen der Schulplanung ein Autarkie-Projekt für den Notfall berücksichtigt wird, um bei einer Bedrohung eine sichere Unterbringung zu gewährleisten.

Herr Fischer antwortete, dass dieser Aspekt momentan noch nicht in die Kostenbewertung eingeflossen ist, aber bei anderen Projekten, wie in Hoppegarten, bereits Überlegungen zu Notstromversorgung getroffen wurden. Es könnte je nach Aufgabenstellung integriert werden, würde jedoch zusätzliche Kosten verursachen.

Herr Schüler fügte hinzu, dass er nicht nach einem Bunker fragt, sondern eher auf die Problematik hinweist, wie man bei einem Neubau eine günstige Lösung für die Notstromversorgung integrieren könnte, um solche Ausstattungen in Zukunft zu erleichtern.

Frau Laue erfasste dies als grundsätzliche Anregung für alle zukünftigen Bauprojekte und beendete den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Radwegekonzept im TESLA-Umfeld

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Gehm.

Herr Gehm erklärte, dass er heute das bisherige Konzept für die Radwege im Umfeld der Tesla Gigafactory vorstellen möchte, wobei es bereits Änderungen und eine Beschlussfassung in der letzten Wahlperiode gegeben hat.

Er betont, dass das Konzept intern ist und nicht den Kreistag bindet, aber bei der Umsetzung entsprechende Beschlüsse erforderlich sind, wie die Aufnahme auf die Prioritätenliste und Grundsatz- und Baubeschlüsse. Der Kreistag kann weiterhin Prioritäten setzen und Haushaltsmittel nach Bedarf zuweisen.

Obwohl der Landkreis offiziell nicht zuständig ist, da nur die K6744 Kreisstraße betrifft und andere Baulastträger wie der Landesbetrieb Straßen und die Kommunen zuständig sind, hat der Landkreis 2021 erkannt, dass die Kommunen überfordert sein könnten. Der Landkreis sieht seine Aufgabe darin, die verschiedenen Baulastträger zu koordinieren und den Auswirkungen der Tesla-Ansiedlung für die lokale Bevölkerung entgegenzuwirken.

Frau Muxel wies darauf hin, dass die L38 nicht nur durch Gottesbrück und Fangschleuse führt, sondern auch durch Hangelsberg. Sie erinnerte daran, dass der Kreistag am 4. Dezember 2024 beschlossen hat, den Fahrradweg in Gottesbrück zu errichten und mit Fördermitteln zu finanzieren. Allerdings wurde in der Gemeindevertretersitzung am 12. Dezember beschlossen, das Thema erst im Bauausschuss weiter zu behandeln. Als Gemeindevertreter in Grünheide halten sie es nicht für prioritär, dass Fahrräder auf der L38 fahren müssen, wenn es bereits einen Waldweg gibt, der genutzt werden kann – vor allem, weil Kleinkinder auf der L38 fahren müssen.

Herr Gehm erklärte die Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Radwegeinfrastruktur im Umfeld der Tesla-Gigafactory. Er erläutert, dass die Planung auf Basis des Bebauungsplans und verschiedener Verkehrsprognosen erfolgte, wobei bereits bestehende Infrastrukturen und künftige Entwicklungen berücksichtigt wurden. Eine der Hauptüberlegungen war, wie man den Bereich sinnvoll mit Radwegen verknüpfen kann, da es viele natürliche und bauliche Einschränkungen gibt. Insbesondere die L38 stellt ein Problem dar, da eine Brücke dort den Bau eines straßenbegleitenden Radwegs verhindert. Stattdessen wurden alternative Lösungen wie der Ausbau eines bestehenden Bahnbetriebswegs und der Radweg entlang der alten Poststraße entwickelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zusammenarbeit mit der Autobahn GmbH und der Stadt Erkner, um rechtzeitig wichtige Radwegverbindungen zu schaffen. Beispielsweise konnte durch Verhandlungen erreicht werden, dass die Kosten für den Neubau einer Brücke nach Abriss der alten Brücke auf die Autobahn GmbH übertragen wurden, wodurch erhebliche Einsparungen erzielt wurden.

Auch die Frage nach der Brücke an der L38 wird angesprochen, die ursprünglich geplant war, aber aufgrund von Kosten und technischen Schwierigkeiten durch eine Lichtsignalanlage ersetzt wurde. Dies stellt eine kostengünstigere und funktionierende Lösung dar, die durch Tesla selbst finanziert wurde.

Frau Muxel betonte nochmal ihre Ausgangsfrage zur fehlenden Radweganbindung für Kinder in Hangelsberg, die auf der L38 fahren müssen, während in Grünheide teure Radwege gebaut werden. Sie fragte, warum keine Radwege durch Hangelsberg gebaut werden.

Herr Gehm erklärte, dass Hangelsberg zu weit vom Werksgelände entfernt ist, um in den engen Verflechtungsraum aufgenommen zu werden. Zudem handelt es sich bei der L38 um eine Landesstraße, für die der Landesstraßenbetrieb zuständig ist. Der Landkreis hat nur begrenzte Möglichkeiten, dort Radwege zu bauen, während er in anderen Bereichen direkt tätig werden kann. Er stellt klar, dass der Landkreis ohne den Landesbetrieb keine Radwege an der Landesstraße bauen kann.

Frau Maack äußerte Bedenken zur Beschilderung der Radwege und fragt, ob die Radwege mit Wurzelsperre gebaut werden, um die Haltbarkeit zu erhöhen. Sie spricht auch die mangelnde Sichtbarkeit der Radwege an und fordert bessere Beschilderung.

Herr Gehm stimmte zu, dass die Beschilderung derzeit unzureichend ist und erklärt, dass sie in Kürze verbessert wird. Es sei ein Strategiepapier zur Beschilderung vorhanden, aber aufgrund personeller Probleme sei das Thema bislang vernachlässigt worden.

Zu der Frage nach der Wurzelsperre bestätigt er, dass diese bereits an der alten Poststraße eingesetzt wurde und auch bei den anderen Radwegen vorgesehen ist.

Frau Laue fragte, ob die Entsiegelungsmaßnahmen für den Radweg von GVZ Freienbrink zur L23 auch an anderer Stelle ausgeglichen werden können. Herr Gehm erklärt, dass es eine andere Maßnahme zur Kompensation des Eingriffs gibt und dass auch ein Waldausgleich erforderlich ist, was die Kosten des Projekts erhöht.

Frau Muxel fragte, ob die Informationen aus einer kleinen Anfrage im Landtag bezüglich einer geplanten Waldumwandlung in Grünheide korrekt sind. Sie verweist darauf, dass der Bürgermeister und der Landesforst angegeben hätten, dass keine Waldumwandlung beantragt wurde. Dies widerspräche nun der Aussage von Herr Gehm und sie fragt, ob sie davon ausgehen kann, dass der Landtag ihr eine falsche Auskunft gegeben hat.

Herr Gehm erklärte, dass noch kein Antrag für eine Waldumwandlung gestellt werden konnte, da noch kein Grundsatzbeschluss für den Radweg gefasst wurde und die Grundstücke noch nicht festgelegt sind. Er spricht auch über Herausforderungen bei einem Radweg-Projekt, insbesondere bei Burig-Neu Zittau, und die Notwendigkeit einer Bürgerbeteiligung wegen der vielen Grundstückseigentümer. Zudem erwähnt er den Oberförstereiweg, der bereits befahrbar ist, und ein früheres Schnellradwege-Programm des Landes zwischen Grünheide und Erkner, das aktuell jedoch nicht weiterverfolgt wird. Auch das Projekt eines Fahrrad-Schnellradwegs über die Alte Poststraße wird erwähnt, wobei noch unsicher ist, wie es weitergeht.

Herr Heß äußerte, dass beim Oberförstereiweg kein dringender Handlungsbedarf besteht und die wassergebundene Wegedecke beibehalten werden soll, um die dort lebenden Amphibien und Reptilien zu schützen.

Frau Maack stellte eine Frage zur Verkehrssituation in Fangschleuse in der Straße „Gottesbrück“ und fragt, ob hier Verbesserungen für Radfahrer geplant sind, da der Radverkehr dort momentan auf dem Bürgersteig fahren muss. Frau Muxel erklärt, dass die Situation nicht verändert werden könne, weil die angrenzenden Flächen Privatgrundstücke sind, und die Partei keine Einschränkungen des Parkraums oder der Privatgrundstücke vornehmen möchte.

Herr Gehm fügt hinzu, dass in der aktuellen Planung keine Änderungen vorgesehen sind, aber in einem weiteren Konzeptpapier könnten Lösungen für Netzlücken und die Verknüpfung der Verkehrsströme behandelt werden.

Herr Gehm erklärte, dass die "konfliktfreie Trasse" in der Folie auf dem Stand von 2021 basiert, erstellt im Rahmen eines Bebauungsplans, zu dem IV einen Fachbeitrag Verkehr erstellt hat. Er gibt an, dass die Situation in Erkner bezüglich der Verkehrsführung noch nicht optimal ist und dort Verbesserungen geplant sind, aber derzeit nicht Teil des aktuellen Konzepts sind. Er spricht auch über die verschiedenen geplanten Radwege und deren finanziellen Status sowie über die Anbindung des Bahnhofs und Radwegprojekte, die bis 2026 abgeschlossen sein sollen. Zudem erläutert er, dass der Lückenschluss von Radwegen, insbesondere in den Bereichen um Berlin, weiterhin vorangetrieben wird. Dazu wird eng mit anderen Behörden und Landkreisen zusammengearbeitet, und Bürgerbeteiligung wird in den weiteren Planungsprozessen berücksichtigt.

Frau Muxel brachte eine Nachfrage bezüglich der Grundschule am Bahnhof Hangelsberg ein, da die Planung zeigt, dass der Bahnhof nicht in den Radweg integriert wird. Sie fordert Maßnahmen für die Sicherheit von Kindern, die auf der L38 auf unsicheren Straßenbedingungen fahren müssen.

Herr Gehm erklärte, dass es bei der Diskussion um eine großräumige Verbindung geht und nicht um lokale Radwegprojekte wie in Grünheide. Die übergeordnete Verknüpfung erfolgt beispielsweise über den Spreeradweg, was detaillierter ist als das Zielnetz des Landes Branden-

burg. Die Anbindung innerorts sei eine Frage der Gemeinde und verkehrsrechtlicher Anordnung. Er betont, dass es rechtliche Grundlagen für die Anordnung von Schutzstreifen gibt, jedoch keine Verpflichtung zur Nutzung für Kinder, und dass der Bau eines Radwegs auf beiden Seiten der Landesstraße unwahrscheinlich ist.

Frau Laue merkt an, dass im ADFC-Radwegenetz möglicherweise die Außenverbindung zwischen Fürstenwalde und Bad Saarow fehlt, was die Vernetzung betrifft. Sie fragt zudem nach der Effektivität von Straßenmarkierungen für Radwege. Herr Gehm erklärt, dass es keine eigenen Untersuchungen dazu gibt, dass aber der Straßenbaulastträger für Anträge verantwortlich ist. Er betont, dass der Landkreis in diesem Bereich politischen Druck ausübt und sich in die Prozesse einbringt, ohne direkten Einfluss als Straßenverkehrsbehörde oder Baulastträger zu haben.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Information der Verwaltung und Fragen

Frau Laue übergibt das Wort an Herrn Gehm.

Herr Gehm erklärt, dass der Umfang des Instandhaltungstopfs in der Haushaltsplanung nicht direkt mit der Summe der Kosten der konkreten Investitionsmaßnahmen übereinstimmt. Es gibt haushälterische Regeln, die die Bearbeitung erschweren, wie die Notwendigkeit, Mittel bereits zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe im Haushalt veranschlagt zu haben, obwohl die Rechnungen erst im nächsten Jahr gestellt werden. Zudem können Ausschreibungen scheitern, weil keine Auftragnehmer gefunden werden, was dazu führt, dass Mittel nicht abfließen. Deshalb entspricht der Instandhaltungstopf nicht immer den tatsächlich realisierten Maßnahmen, was bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt wurde.

In der letzten Sitzung wurde das Thema der Denkmalschutzrichtlinie besprochen, und Herr Wernicke schlug vor, dass alle Beteiligten ihre Ideen im Vorfeld der nächsten Sitzung an die Verwaltung senden, beispielweise hinsichtlich eines digitalen Antragsverfahrens. Frau Laue erinnerte daran, dass sich die Fraktionen bis zum 31.12.2024 über die Denkmalrichtlinie abstimmen sollten. Frau Laue schlug vor, dass ein erneuter Termin für die Einreichung der Vorschläge auf den 15. Februar festgelegt wird, damit diese als Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung aufgenommen werden können.

Herr Schüler stellte eine haushälterische Frage bezüglich der fehlenden Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen im Haushalt, obwohl Mittel bis 2028 eingeplant wurden. Frau Meyer-Grunewald erklärte, dass diese Mittel möglicherweise nachgetragen werden müssen. In der Haushaltsplanung wird immer etwas weiter geplant, da nicht alle Baumaßnahmen im aktuellen Jahr umsetzbar sind. Es wird geprüft, welche Projekte in diesem Jahr finanziell abfließen können und welche auf das nächste Jahr verschoben werden müssen. Priorität haben dringende Maßnahmen, wie z.B. kaputte Heizungsanlagen oder Strangsanierungen, während andere Projekte, wie der Außenfahrstuhl am Geschwister-Scholl-Gymnasium, zurückgestellt werden. Daher sind die Mittel zwar eingeplant, aber nicht immer sofort im Haushaltsplan sichtbar.

Herr Schulz stellte zum einen die Frage zum Heideradweg, der an der Kreisgrenze endet und nun ein Sandweg bis Weichensdorf führt. Er möchte wissen, ob der Lückenschluss in Planung ist oder ob die Priorität auf dem Tesla-Projekt liegt. Zum anderen fragte er nach der Sanierung der Spree-Radroute, die vor Jahren vom Kreistag beschlossen wurde, aber bislang nicht fortgesetzt wurde.

Herr Gehm erklärte, dass der Heideradweg mit Mitteln aus dem Braunkohlefonds bis zur Kreisgrenze gebaut wurde. Der Lückenschluss ist geplant, jedoch gibt es Schwierigkeiten bei der Grundstücksübernahme von der Deutschen Bahn, die noch nicht entwidmet sind. Der Fortschritt

hängt von Verhandlungen ab, und es wird angestrebt, den Radweg in Zukunft mit Fördermitteln weiterzubauen. Zum Spreeradweg erklärte er, dass die ursprüngliche Förderstrategie aufgrund von Änderungen in den Förderbedingungen und Corona nicht wie geplant umgesetzt werden konnte. Der Kreistag hat entschieden, den Spreeradweg mit bereits erhaltenen Fördermitteln fertigzustellen und die anderen Radwege in kleineren Abschnitten weiterzuverfolgen. Ein Sachbearbeiter Radwegebau wurde gefunden und die Arbeiten werden fortgesetzt, jedoch wird der Spreeradweg zuerst abgeschlossen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Frau Laue kündigte an, dass die nächste Sitzung am 19. März stattfindet. In Vorbereitung zu dieser Sitzung muss auf eine Bearbeitung der Verwaltung abgewartet werden, beispielsweise zu der angesprochenen Denkmalförderrichtlinie oder der Evaluation des BNB-Silberstandard. Zu Letzterem gab Frau Meyer-Grunewald an, dass die Evaluation in den nächsten Ausschuss eingebracht werden soll, da zwei Schulbauvorhaben gerade im Abrechnungsprozess sind. Dann kann ein genauerer Einblick in den Prozess gegeben werden.

Frau Laue nannte als weiteren Punkt die Vorstellung der Erläuterungen zur Regine-Hildebrandt-Schule. Frau Meyer-Grunewald führte auf, dass dies im September dann im Beisein mit dem Architekturbüro erfolgt.

Frau Laue erklärte, dass für die nächste Sitzung aktuell zwei Punkte auf der Tagesordnung stehen, die von ihnen als Abgeordnete eingebracht wurden. Welche Themen seitens der Verwaltung aufgesetzt werden, bleibt noch offen. Zudem schlug sie vor, im März ein Update zum Klimaschutzbeirat und der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts zu erhalten. Es wurde auch der Wunsch geäußert, Informationen zu den Schutzgebieten (NSG, FFH) zu bekommen.

Auf Nachfrage von Frau Muxel erklärte Frau Laue, dass sie auch weitere Fragen aufnimmt und dann an den Ausschussvorsitzenden weiterleitet.

Daraufhin brachte Frau Muxel eine Frage zur Entwidmung von Landesforstflächen auf, speziell, welche Flächen der Kreis eventuell umwandeln möchte und ob schon Anträge dafür vorliegen.

Herr Schüler äußerte den Wunsch, mehr über den Prozess der Erstellung eines Regionalplans zu erfahren, insbesondere bezüglich der Planung von Windrädern, den Vorranggebieten und den politischen Diskussionen. Er möchte verstehen, warum die Erstellung so lange dauert und welche Akteure dabei eine Rolle spielen. Frau Laue schlug vor, dass die Verwaltung prüfen könnte, ob ein Sachstandbericht von Herrn Rump, dem Leiter der Regionalen Planungsgemeinschaft, hilfreich wäre. Alternativ können Interessierte an einer öffentlichen Sitzung der Planungsgemeinschaft im März teilnehmen oder einer Veranstaltung in Beeskow, bei der Herr Rump anwesend sein wird.

Herr Schüler erklärte jedoch, dass er lieber eine informelle Erläuterung erhalten möchte und nicht in öffentlichen Sitzungen nachfragen will.

Herr Wernicke brachte an, dass der Nahverkehrsplan derzeit überarbeitet wird und die Gemeinden von einer Firma befragt werden. Er fragte sich, wie diese beiden Themen miteinander verknüpft sind, da er den Zusammenhang noch nicht ganz versteht.

Herr Gehm erklärte, dass der Nahverkehrsplan ursprünglich in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für ländliche Entwicklung fällt, wo bereits ausführlich darüber gesprochen wurde. Er weist darauf hin, dass das Thema auch in diesem Ausschuss behandelt werden kann, wenn die Mehrheit dafür ist.

Frau Laue bedankte sich bei den Teilnehmern und schließt die Sitzung.

Claudia Laue
Stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Bauen,
Ordnung und Umwelt

Sybille Kuhrau
Schriftführerin